

Finanzierungsengpässe als Ursache für Proteste

Spardruck und Personalmangel im Gesundheitswesen steigen. Nicht nur in Österreich nehmen die Konflikte im System deshalb deutlich zu.

••• Von Martin Rümmele

Fast 76.000 Pflegekräfte werden bis 2030 im heimischen Gesundheits- und Sozialwesen fehlen. Das hat nun die öffentliche Gesundheit Österreich GmbH (GÖG) für Sozialministerin Brigitte Zarfl errechnet, die die Studie zusammen mit einer IHS-Analyse zur Finanzierung der Pflege am Montag vorgelegt hat. Im Gegensatz zur ÖVP empfiehlt das IHS eine Finanzierung aus dem Steuertopf und nicht aus der Sozialversicherung. Sonst würden dort nämlich in den kommenden Jahren die Lohnnebenkosten steigen.

Probleme in den Ländern

Es gibt aber auch noch andere Baustellen im System: In Tirol, Oberösterreich, der Steiermark und Wien werden derzeit Spitalsreformen heftig diskutiert. Gegen angedachte Kürzungen und Umschichtungen oder gar Standortschließungen gibt es verschiedenste Proteste.

In Wien gab es zuletzt heftige Debatten über die künftige Finanzierung und Reform der Spitäler. Während die SPÖ versichert, dass die Mehrjahresplanung bis 2024 gesichert sei, ortet die Ärztekammer enorme Probleme. Sie befürchtet aufgrund ihr vorliegender Budgetpläne Einsparungen. „Die Budgetansätze dürften nicht einmal annähernd die Grundbedürfnisse der Spitäler abdecken. Nicht einmal die vakanten Dienstposten können besetzt werden, ohne dass das Budget kollabiert“, resümieren Ärztekammerpräsident Thomas Szekeres und Wolfgang



© panthermedia.net/Franck Boston



© AP/WideWorld/PAUL ELLIS

Personal

In Österreich fehlen laut einer neuen Studie bis 2030 fast 76.000 Pflegekräfte. Geld dafür ist aber knapp, denn gleichzeitig werden sich allein die Spitalsausgaben verdoppeln. Solche Engpässe führen in England bereits zu Protesten.